

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht und Walter Keller

Mehr deutsche Hilfe für Sri Lanka erwartet

Sri Lanka kann auf eine Erhöhung der Entwicklungshilfegelder aus Bonn hoffen. Die positive politische Entwicklung, die in den vergangenen Monaten stattgefunden habe, rechtfertige eine Mittelerhöhung, meinte J. Heidorn, Charge d'Affaires der deutschen Botschaft in Colombo, ohne indes Zahlen nennen zu können. Heidorn sprach auf einer Pressekonferenz der "Deutsch-Srilankischen Unternehmensvereinigung" (GSLBA) anlässlich ihrer jährlichen Generalversammlung Ende März. Eine weitere Förderung der Handelsbeziehungen, Deutschland ist der zweitgrößte Abnehmer von srilankischen Produkten, sowie eine Erhöhung der Direktinvestitionen werde, so Heidorn, angestrebt. Gegenwärtig investieren 70 deutsche Firmen in Sri Lanka. Das Volumen beläuft sich auf 3,8 Milliarden Rupien (etwa 110 Millionen DM) und hat zur Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen geführt. Um weitere deutsche Unternehmer für Investitionen zu gewinnen, kündigte Stefan Mahrtdt, Generalmanager der Deutschen Bank in Colombo, eine "German Promotion Week" für 1996 in Sri Lanka an. Mahrtdt ist auch Vorsitzender der GSLBA, eine Art Lobbyorganisation, die den Dialog zwischen deutschen Unternehmern und der srilankischen Regierung sowie das Investitionsumfeld im Land zu stärken versucht.

Mit Blick auf die in Deutschland lebenden 39.000 Flüchtlinge aus Sri Lanka und einen möglichen dauerhaften Frieden erwarten Beobachter, daß die deutsche Hilfe sich voraussichtlich auf den Wiederaufbau der vom Krieg besonders schwer betroffenen Nord-Ost-Region des Landes konzentrieren wird. Deutschland hat seit 1960 54 Milliarden Rupien an Entwicklungshilfe geleistet und ist drittgrößter Geber. 350 Millionen Rupien wurden für humanitäre Zwecke über das Flüchtlingswerk der UNO (UNHCR) aufgebracht.

Die aus deutschen Geldern finanzierten Entwicklungsaktivitäten sind

vielfältig: zwischen Colombo und Galle werden für 42 Millionen DM Eisenbahnbrücken renoviert. 11 Millionen DM werden für Umweltschutzmaßnahmen bereitgestellt. Deutsche Experten sind auch im Bereich des Wassermanagements tätig, arbeiten im integrierten "Regional Rural Development Projekt" in Peradeniya und helfen bei der Erstellung von Karten über das Küstengebiet, die der Fischerei zugute kommen werden. Auch im Tourismusbereich spielt Deutschland eine wichtige Rolle. 93.000 Deutsche, das sind knapp 25 Prozent aller Touristen, reisten im vergangenen Jahr nach Sri Lanka.

Treffen der Geber am 28. April in Paris

Die Regierung in Colombo erwartet vom Jahrestreffen des "Sri Lanka Aid Consortium" Ende April in Paris Mittelzusagen in der Größenordnung von 800 Millionen bis einer Milliarde US-Dollar. Dies verlautete aus Regierungskreisen in Colombo.

Samurdhi Programm kommt

1,2 Millionen Familien, deren Einkommen unter 1.500 Rupien monatlich liegt, werden ab dem ersten Juni diesen Jahres Einkommensbeihilfen erhalten. Ziel ist es, die Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem von Regierungsseite gewünschten Einkommen, das sind die 1.500 Rupien, auszugleichen. Damit werden 1,1 Millionen Familien 1.000 Rupien und 100.000 Familien 500 Rupien monatlich erhalten. Die Geldanlage bleibt den Familien überlassen. Das Geld erhalten sie an den Postschaltern.

Der stellvertretende Finanzminister Peiris bezeichnet das Samurdhi Programm als einen Eckpfeiler des Wirtschaftsprogramms der neuen Regierung. Es wird das Janasaviya-Programm ablösen. Dieses kam nur 80.000 Familien zugute, war zeitbegrenzt und nicht situationsadäquat. Demgegenüber soll das Samurdhi Programm solange Gültigkeit haben, bis die Familien sich aus

der Armutsfalle befreit haben. Das Programm zielt ferner auf die Förderung von Kleinunternehmen, die Ernährung von Frauen- und Kindern und die soziale Entwicklung in den Gemeinden.

Zur Zeit erhalten junge Hochschulabgänger Training, um zusammen mit der Dorfbevölkerung als Manager und Koordinatoren Pläne für die Dorfentwicklung zu formulieren. 1.400 Hochschulgänger und 150.000 Animatoren sollen dafür sorgen, daß das Samurdhi Programm ein Erfolg wird.

Handelsgespräche zwischen Sri Lanka und Bangladesh

Präsidentin Kumaratunga nutzte ihren Antrittsbesuch in Dhaka Ende März, um mit Regierungschefin Khaleda Zia und Vertretern der bangladeshischen Wirtschaft Möglichkeiten zur Ausweitung des bilateralen Handels sowie der Vertiefung des regionalen Kooperationsprozesses zu diskutieren. Die Visite erwiderte den Sri Lanka Besuch Khaleda Zias im Januar, der die beiden Politikerinnen erstmals zusammenführte.

China stellt Hilfe in Aussicht

China hat positiv auf den von Sri Lankas Außenminister Lakshman Kadirgamar vorgetragenen Wunsch nach "weichen Krediten" für Weizen- und Düngemittelimporte sowie andere Produktionsmittel reagiert. China versprach auch im Bereich der bilateralen kulturellen Zusammenarbeit neue Impulse setzen zu wollen.

Säuglingssterben in Jaffna

Fehlende medizinische Einrichtungen haben auf der Jaffna Halbinsel dazu geführt, daß zwischen April und Dezember 1994 270 Säuglinge starben. Fehlende Krankenhausbetten, Medikamente und Ärzte sind die Ursache für die Ausbreitung von Malaria und Durchfallerkrankungen. Im Dezember starben allein in einem Krankenhaus acht Kinder an einer Fiebererkrankung.

Armut in Sri Lanka

Etwa 40 Prozent der Bevölkerung Sri Lankas leben unter der Armutslinie und sind von Zuwendungen des Staates abhängig. Sri Lanka hat in den vergangenen drei Jahrzehnten eine Reihe von Programmen zur sozialen Entwicklung durchgeführt, die jedoch nichts an den sich ausweitenden sozialen Ungleichheiten im Land geändert und nach Meinung des Gesundheits- und Sozialminister A.H.M. Fouzie zu einer Nehmerhaltung geführt haben. Die meisten Armen leben in den ländlichen Gebieten. Landlose Tagelöhner, unterbeschäftigte Arbeiter, alte sowie behinderte Menschen ohne familiäre Unterstützung, Bettler und Kleinhändler bilden die Kategorie der Armen. Sie haben kaum Zugang zu Krediten oder anderen Leistungen. Ihre Kinder können mit ihren Altersgenossen aus reicheren Haushalten nicht mithalten. Frustrationen, aber auch Gewaltbereitschaft sind die Folge. Fouzie machte auch auf die Bedeutung ausländischer Hilfe aufmerksam. Nahrungsmittelsubventionen, Armutsbekämpfungsprogramme oder Erziehungs- und Bildungsprojekte werden durch internationale Unterstützung mitgetragen und stellen sicher, daß die Armen nicht vollkommen hilflos sind. Im Jahr 2000 werden schätzungsweise zehn Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein. Programme, die Alte versorgen und pflegen sowie Institutionen und Finanzen sind notwendig, um diese neue Aufgabe meistern zu können. Auch hier ist Sri Lanka auf die Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft angewiesen.

Weiterhin Pressezensur in Sri Lanka

"Article 19", das in London ansässige "Internationale Zentrum gegen Zensur", kritisiert in einem im März veröffentlichten Bericht "Words into Action: Censorship and Media Reform in Sri Lanka" die weiterhin bestehenden Zensurmaßnahmen in Sri Lanka auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die 'People's Alliance' (PA). Bereits bei den Präsidentschaftswahlen im November letzten Jahres habe die PA die Berichterstattung der Medien behindert, so "Article 19". Oft funktioniere Zensur in Sri Lanka über Unterlassungen. Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf oder dort stattfindende Gewaltanwendungen seien -

wenn überhaupt - mit einer spärlichen Berichterstattung bedacht worden. Manchmal trete die Zensur auch offen zutage. Im Oktober sei die Titelseite der sinhalesisch-sprachigen Zeitung 'Dinamina' im Büro der Premierministerin geändert worden, so "Article 19" weiter.

Die Veröffentlichung des Berichts der Organisation kommt zu einem Zeitpunkt, wo die Kritik vieler Journalisten des Landes an der neuen Regierung zunimmt. Dazu beigetragen hat ein Überfall auf den Herausgeber der englisch-sprachigen 'The Sunday Leader' sowie auf dessen Frau, die ebenfalls Journalistin ist. (Der vollständige Bericht "Words into Action: Censorship and Media Reform in Sri Lanka" von "Article 19" kann über das Südasiensbüro zum Preis von DM 9,50 bezogen werden)

9.000 Eingaben

Die von der neuen Regierung eingerichtete Kommission zur Untersuchung der Fälle von "Verschwundenen" hat allein für die West-, Süd- und Sabaragamuwa Provinzen über 9.000 Eingaben aus der Bevölkerung erhalten. Mehrere zehntausend Personen gelten in dieser Region als verschwunden. Die meisten von ihnen wurden vermutlich Opfer der Aktionen der Streitkräfte während der Zeit zwischen 1988 und 1990, als in den südlichen Landesteilen vermeintliche und tatsächliche Mitglieder der sinhalesisch-radikalen 'Janatha Vimukthi Peramuna' verfolgt wurden. Mit der Untersuchung von als verschwunden geltenden Personen in den anderen Provinzen beschäftigen sich derzeit zwei weitere Kommissionen.

Gewagter Gefängnisausbruch

Für Aufsehen sorgte Ende Februar der Ausbruch von neun LTTE-Angehörigen aus dem Zentralgefängnis im südindischen Madras. Besonders peinlich für die Landesregierung Tamil Nadus ist nicht, daß es schon früher zu solchen Ausbrüchen von LTTE-Kämpfern gekommen ist, sondern daß zumindest Teile des Gefängnispersonals den Ausbruch wenn schon nicht aktiv unterstützten, dann doch wenigstens bewußt wegsahen. Dieser Verdacht scheint nicht unbegründet, da die beiden Zellen, in denen die neun inhaftiert waren, offensichtlich nicht verschlossen waren. Die neun Ausbrecher waren unter

dem als 'TADA' bekannten Antiterrorismusgesetz verhaftet worden. Sechs von ihnen gehörten zu der Besatzung des im November 1991 von der indischen Marine aufgebrachten LTTE-Schiffes 'Tongnova'. Bei einem der Entkommenen soll es sich um einen Vetter des LTTT-Führers V. Pirabakarans handeln, dessen Leichnam angeblich kurze Zeit nach dem Ausbruch aufgefunden wurde. Es halten sich jedoch hartnäckige Gerüchte, daß der Ausbruch nur inszeniert worden war, um Prabakarans Cousin zu befreien, an dessen Stelle der Leichnam einer unbekanntenen Person in den Cooumfluß geworfen worden sei. Während über den Verlauf des Ausbruchs noch spekuliert wird und sich die Stimmen in der Opposition häufen, die der Landesregierung Tamil Nadus unter Ministerpräsidentin Jayalalitha nicht nur Sympathien sondern sogar Komplizenschaft mit der LTTE vorwerfen, rebellierten im März die übrigen Insassen des Gefängnisses: sie besetzten das Gefängnisdach, um gegen Folterungen und Mißhandlungen zu protestieren, denen sie nach dem Ausbruch ausgesetzt gewesen seien. Nach dem Verbot der LTTE in Indien infolge des Attentats auf Rajiv Gandhi, werden insbesondere durch den indischen Innenminister S.B. Chavan immer wieder Vorwürfe gegen Jayalalitha erhoben, sie blockiere nicht nur Ermittlungen, sondern behindere durch ihre Sympathie für die Terroristen deren effektive Bekämpfung. So sind seit Mai 1992 mindestens 30 LTTE-Angehörige aus Gefängnissen Tamil Nadus geflohen. Offenbar verfügt die LTTE, so die indischen Ermittlungsbehörden, in Tamil Nadu inzwischen über ein dichtes Netz von Unterstützern und Sympathisanten, das bis in die Gefängnisse reicht.

**Für das Recht,
sich zu ernähren**



Internationale
Menschenrechtsorganisation

Spendenkonto:
10 90 000, Sparkasse Herne (BLZ 432 50 30)
Weitere Informationen (gegen 3,- DM in Briefmarken) bei:
FIAN · Overwegstraße 31 · 44625 Herne